

E 21 NR/XX. GP**E n t s c h l i e ß u n g**

des Nationalrates vom 19. September 1996

betreffend die Verhinderung des Mißbrauchs des Internet insbesondere im Zusammenhang mit Kinderpornographie und NS-Wiederbetätigung

1. Der Bundesminister für Inneres wird ersucht, im Bereich der Generaldirektion für die Öffentliche Sicherheit eine zentrale Meldestelle einzurichten, die Hinweise darauf entgegennimmt, daß über das Internet Daten zur Begehung oder Förderung krimineller Handlungen angeboten werden.
2. Der Bundesminister für Inneres wird ersucht, im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wissenschaft, Verkehr und Kunst eine bundesgesetzliche Regelung vorzubereiten, die es den Sicherheitsbehörden ermöglicht, Providern aufzutragen, den Zugriff auf solche Daten zu unterbinden.